



BISMILLAHIR-RAHMANIR-RAHIM
Mit dem Namen ALLAHs, Des Allgnade Erweisenden, Des Allgnädigen

Islamische Religionsgemeinschaft Hessen

✉ IRH – Mergenthalerstr. 2 - 60388 Frankfurt/M. – www.irh-info.de

☎ 069 – 24 24 63 40
Fax: 069 – 24 24 63 42
e-mail: info@irh-info.de

Rede des Vorsitzenden bei der 5-jährigen Jubiläumsfeier der Gründung der IRH und dem Iftar-Empfang am Dienstag, 26.11.2002 im Orient Palace in Frankfurt

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Schimmel!
Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Als Vorsitzender der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen heiße ich Sie sehr herzlich willkommen und freue mich sehr, Sie heute Abend zahlreich bei unserer fünfjährigen Jubiläumsfeier und dem diesjährigen Iftar-Empfang begrüßen zu dürfen.

Direkt nach dem 11. September 2001 mehrmals und auch bei unserem letzten Iftar-Empfang am 22. November 2001 habe ich unsere Position zum „11. September“ sehr deutlich erläutert. Wir alle können mehrmals den Terrorismus verurteilen, aber es ist schon die Zeit, dass wir uns nun über die Ursachen und die Folgen des Extremismus, des Terrorismus und die richtigen Methoden zu deren Bekämpfung gründlich und ernsthaft Gedanken machen. Ohne die Ursachen zu beseitigen, kann man den Extremismus und den Terrorismus nicht erfolgreich bekämpfen. Das heißt nicht, dass der Terrorismus und das Töten von Menschen durch irgendwelche Gründe auch immer zu legitimieren und zu rechtfertigen sind. Auch für den entsetzlichen Massenmord zum „11. September“ gibt es keine moralische und keine religiöse Rechtfertigung.

Im folgenden werde ich aus muslimischer Sicht versuchen darzustellen, wie diese gespannte Lage von den Muslimen wahrgenommen wird und welchen erschreckenden Eindruck der Umgang des Westens mit Muslimen und mit der islamischen Welt auf sie hinterläßt.

Besonders nach dem 11. September 2001 erleben wir eine Hysterie und eine Spannung zwischen der muslimischen und der westlichen Welt. So können wir nicht weiterleben. Wir brauchen eine Normalisierung dieser Verhältnisse – international und insbesondere hier in unserem Land.

Wie ich beim letzten Iftar-Empfang betont habe, ist eine gerechtere Welt auch eine sichere Welt. Gleichberechtigt und gerecht behandelte Menschen neigen kaum zur Unterstützung von Extremismus und Terrorismus. Deshalb muss man einerseits den terroristischen Gewalttätern, unabhängig von ihren religiösen und nationalen Zugehörigkeiten, entschlossen entgegentreten, andererseits muss man langfristige Anstrengungen verstärken, die zu einer gerechteren Weltordnung und zum Frieden der Völker beitragen.

Demokratische Staaten sind hinreichend rechtsstaatlich ausgestattet, um Verbrechen innerhalb ihres Einflßbereiches zu bekämpfen und um Schuldige zur Rechenschaft zu ziehen. Die Unantastbarkeit der Würde des Menschen soll aber dabei für Alle gelten. Ansonsten nehmen betroffene Kulturkreise und Nationen die Anwendung von zweierlei Maßstäben als Ausdruck einer bis zur Gegenwart andauernden Arroganz und Ignoranz des Westens wahr. Man darf sich nicht wundern, wenn die Regime und Diktaturen in bestimmten Teilen der Welt, die durch Staatsterrorismus ihre eigene Bevölkerung und Oppositionskräfte unterdrückt und grundlegende freiheitliche Entwicklungen verhinderten, durch führende Supermächte seit Jahrzehnten politisch, wirtschaftlich und militärisch unterstützt werden, auf einmal aber eine Gefahr für den Weltfrieden darstellen sollen. Am meisten leiden Muslime immer noch unter diesen vom Westen unterstützten Regimen. Nun verlangen die Supermächte von diesen Bevölkerungen ihre Solidarität ab – in ihrem Bemühen, diese Regime abzuschaffen und an ihrer Stelle demokratische Strukturen aufzubauen; stehen sie jedoch kritisch dazu, werden sie auch zum Bösen erklärt. So wirken nun diese Supermächte in den Augen der Muslime ganz und gar nicht glaubwürdig. Das gilt auch für die Bekämpfung des Terrorismus.

Leider besteht in vielen Kreisen hier im Westen immer noch die Vorstellung, dass die Völker des Orients faul, lüstern und gewalttätig seien. Sie seien auch angeblich nicht in der Lage, sich selbst zu gestalten, sich selbst zu regieren und sich zukunftsfähig weiterzuentwickeln. So legitimiert die westliche Welt sich selbst, in diese Länder einzumarschieren und deren Ordnungen zu bestimmen – oft aber immer noch durch korrupte Regime oder vom Westen ernannte Regierungen gegen den Willen ihrer eigenen Bevölkerung. Dabei übersieht die westliche Welt jedoch, dass diese Völker wegen ihrer bitteren Erfahrungen mit dem noch andauernden Kolonialismus hinter dieser Zivilisationsmission des Westens eine Fortsetzung insbesondere der wirtschaftlichen Ausbeutung und der ungerechten Mitherrschaft in ihren Ländern befürchten.

Sie haben auch große Sorgen, dass leider die großen Errungenschaften der Menschheit – Wissenschaft, Technologie und Meinungsfreiheit – hierzu mißbraucht werden. Die Zivilisationsmissionare werden unter diesen Völkern nicht als Aufklärer sondern vielmehr als Ausbeuter wahrgenommen.

Besorgniserregend ist es auch, dass christliche Werte für die politischen Interessen und Ziele der Supermächte mißbraucht werden. Dies wird von Muslimen als ein Kampf der Kulturen empfunden. So verliert der Westen in ihren Augen die Glaubwürdigkeit, ihnen doch nur helfen zu wollen, die westliche Zivilisationsstufe zu erreichen.

Der Westen läuft immer mehr in die Gefahr hinein, dass er in der islamischen Welt als der selbsternannte und einzige Macher und Hüter von Recht und Gesetz und globaler Ordnung empfunden wird. So wirkt auch der westliche Orientalismus auf Muslime so sehr arrogant und wahrheitsfremd, dass der Westen angeblich mehr über den Islam und die Muslime weiss als diese über ihre eigene Religion und über sich selbst. Dadurch erleben sogar Sinnvolles und Nützlichendes vom Westen immer mehr ablehnende Reaktionen in der islamischen Welt.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sind die Muslime zum neuen „Bösen“ erklärt worden. Daraus nehmen Vorurteile Muslimen gegenüber deutlich zu, sie stärken sich und wachsen mehr und mehr zu einem neuen Feindbild im Westen. Das macht den Muslimen immer mehr Angst. Dieses wiederbelebte Feindbild hat seine Wurzeln in der geschichtlichen Vorstellung, dass Muhammed der Anti-Christ, der Islam die Negation des Christentums und die islamische Welt ein Anti-Europa schlechthin seien. Heute wächst diese Vorstellung zu einem westlichen Fanatismus, den Islam als die Negation der westlichen Zivilisation und als die Negation jeden Fortschritts zu verurteilen. Diese Einstellung lähmt den Westen, ihre Beziehung zum Islam und zu den muslimischen Gesellschaften zu normalisieren.

Der Beitritt der Türkei mit ihrer mehrheitlich muslimischen Bevölkerung in die Europäische Union kann in diesem Zusammenhang eine Chance für die Integration Europas mit der islamischen Welt, für die Normalisierung ihrer Verhältnisse, für den Abbau der alten Vorurteile und Feindseligkeiten auf beiden Seiten sowie für ein friedliches Zusammenwachsen beider Völkergruppen sein – so wie die vorher untereinander trotz der gleichen Religion lange extrem verfeindeten Völker und Staaten Europas in kurzer Zeit zum Frieden zusammengewachsen sind.

Das türkische Parlament hat mit einer großen Mehrheit in der letzten Legislaturperiode sehr deutliche und konkrete Reformen zur Realisierung der Kopenhagener Kriterien beschlossen. Der Sieger der letzten türkischen Parlamentswahlen am 03. November bzw. die Regierungspartei, die konservativ-demokratische Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (AK-Parti) und ihre einzige parlamentarische Opposition, die sozialdemokratische republikanische Volkspartei (CHP), sprechen gemeinsam, eindeutig und einstimmig für die Umsetzung dieser Reformen und die weiteren Verbesserungen der demokratischen Verhältnisse. Ich erinnere mich an die siebziger Jahre, dass besonders die

Sozialdemokraten und die Konservativen sich gegen den Beitritt der Türkei in die damalige Europäische Gemeinschaft aussprachen, weil viele Sozialdemokraten die EG als ein Bündnis der Imperialisten und viele Konservativen sie als einen Klub der Christen betrachteten. Diese Korrektur der Haltung der Türkei zu Europa zeigt einen deutlichen Wandel in der Aufklärung über Europa. So kann auch Europa seine alten negativen Vorstellungen zu einer muslimischen Türkei korrigieren. Diese historische Gelegenheit soll genutzt werden – unabhängig davon, dass bereits über 20 Millionen Muslime in Europa leben. Die Regierungen der Europäischen Union können dadurch ihre Glaubwürdigkeit unter Beweis stellen, dass die EU nicht ein Klub der christlichen Länder, sondern ein Bündnis der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte, der Völkerrechte, der Gleichberechtigung, der Toleranz und der Meinungsfreiheit ist. Dies hat der Vorsitzende der Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei, Recep Tayyip Erdogan, bei seinem Besuch beim Bundeskanzler Schröder und bei der anschließenden gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundesaußenminister Fischer am 19. November deutlich betont:

„Wir sehen die EU nicht als einen Klub der Christen und wir wollen sie auch nicht so sehen. So wie die Türkei durch den Beitritt getestet wird, wird auch die EU getestet. Die Türkei, die sich seit vierzig Jahren um den Beitritt in die EU bemüht, darf mit zweierlei Maßstäben im Rahmen der Erweiterung der EU nicht enttäuscht werden.“

Die Türkei hat selbstverständlich Einiges in bestimmten Bereichen noch zu verbessern; der gute Wille ist schon da. Es ist aber nicht zu vergessen, dass die anderen EU-Kandidaten nicht besser und sogar die EU-Länder in diesen Bereichen auch nicht perfekt sind.

Gerade nach dem 11. September sollte die Politik konkrete Zeichen auf Integration der Muslime hier in unserem Land (=Deutschland) setzen, um die Muslime für den sozialen Frieden weiterhin, aber verstärkt zu gewinnen. Die Muslime und ihre Organisationen sollten endlich als Mitgestalter und Mitwirkende in die Integrationskonzepte miteinbezogen werden. **Wiederholt gilt: Wer integrieren will, muss die Muslime und ihre Organisationen als gleichwertige und gleichberechtigte Kooperationspartner anerkennen.** Seit der Gründung des Integrationsbeirates auf der Landesebene erwarten die muslimischen Organisationen von der Landesregierung und von allen Fraktionen im Landtag immer noch, dass sie wie die evangelischen, katholischen und jüdischen Vertreter in den Integrationsbeirat endlich aufgenommen werden. Diesbezüglich habe ich mit der Sozialministerin, mit allen Fraktionen im Landtag und mit dem Leiter des Integrationsbeirates Gespräche geführt und ihnen einen konkreten Vorschlag vorgelegt: Drei Vertreter, die von den führenden islamischen Organisationen in Hessen gewählt werden, sollten in den Integrationsbeirat aufgenommen werden – so würde die Ausrede der Landesregierung und der Fraktionen wegfallen, dass die Muslime nicht einheitlich seien. Meine Kritik geht hier nicht nur an die Landesregierung, sondern auch an alle Fraktionen im Landtag

und alle Vertreter des Integrationsbeirates. Ich bedauere auch, dass die evangelische und katholische Kirche, aber auch die jüdische Gemeinde sich für die Vertretung der Muslime nicht eingesetzt haben. Was für ein Integrationsbeirat ist dies, wo vielmehr über die Integration der Muslime in Hessen gesprochen wird, aber ohne ihre Vertreter? Ich begrüße, dass Dr. Yasar Bilgin, selbst ein türkischer Muslim, in seiner Funktion als Vorsitzender der Türkisch-Deutschen Gesundheitsstiftung im Integrationsbeirat sitzt. Er vertritt aber nicht die islamischen Organisationen in Hessen. Sonst könnte man davon ausgehen, dass die zahlreichen Vertreter der Fraktionen und Institutionen, die selbst auch Christen sind, das Christentum vertreten und somit die Vertretung der Kirchen übernehmen.

Nicht nur in Hessen, auch auf der Bundesebene dürfen sich die islamischen Organisationen bisher nicht selbst vertreten - wie in der Zuwanderungskommission und im Ethik-Rat. So kann der erfolgreiche türkische Unternehmer in Deutschland, Vural Öger, die wirtschaftlichen Interessen in der Zuwanderungskommission vertreten, aber nicht die Muslime. In solchen Gremien sitzen die Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche und des Zentralrates der Juden. Die Muslime könnten wenigstens durch den Islamrat, Zentralrat der Muslime und DITIB vertreten werden.

Die Muslime fragen sich, warum die Landesregierung auf das Kooperationsangebot der Islamischen Religionsgemeinschaft Hessen, das Schächten gemeinsam professionell zu regeln und muslimische Metzger auszubilden, nicht reagiert - trotz des klaren Urteils des Bundesverfassungsgerichtes zum Schächten. So waren die Muslime umso mehr erstaunt, dass das Engagement der Tierschutzverbände gegen das islamische Schächten so sehr stark geworden ist und hierbei von vielen Seiten unterstützt wird, obwohl die Muslime keinen Sonderstatus erhalten haben, sondern eine schon längst überfällige Gleichberechtigung durch den Rechtsstaat sich zurückerkämpfen mussten, weil es ihnen seit 1995 verboten wurde. Dieses Verbot machte das für unsere jüdischen Mitbürger weiterhin gültige Recht aber für die Muslime zu einer illegalen Handlung. So haben viele Muslime seither illegal geschächtet. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vor etwa einem Jahr zum Schächten hat diese Ungleichbehandlung der Muslime und die Illegalität rechtlich ausgeräumt. Nun fordern die Muslime die Bundes- und Landesregierungen dazu auf, dieses Urteil endlich umzusetzen und dementsprechend vorzugehen. In ca. 11 Wochen ist wieder das Opferfest der Muslime. Es wundert die Muslime sehr, dass sogar parteiübergreifend eine Neuregelung zu Ungunsten des Schächtens geplant ist. Nur zu Ihrer Kenntnisnahme: Unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger dürfen seit 1960 schächten, nachdem es ihnen in der Nazizeit verboten wurde.

Die Muslime sind oft von vielen Medien enttäuscht, dass über Benachteiligungen und viele Entlassungen der Muslime auf dem Arbeitsmarkt nach dem „11. September“ aufgrund ihres

muslimischen Hintergrunds kaum berichtet wird, obwohl eine negative Berichterstattung über den Islam und die Muslime den Medien viel leichter fällt.

Viele, auch hochqualifizierte Muslime verlieren in Folge des „11. Septembers“ ihre Arbeit oder werden oft nicht eingestellt. Die Frauen sind im Allgemeinen in vielen Gesellschaften benachteiligt. Hier in unserem Land sind besonders Migrantinnen benachteiligt. Sehr hart trifft es Kopftuch tragende Musliminnen.

Nach den weltweiten Übergriffen auf muslimische Einrichtungen und den vereinzelt Morden an Muslimen nach dem „11. September“ berichteten die Medien über den Islam und die Muslime für eine kurze Zeit relativ sachgemäß. Leider aber sind die Medien sehr schnell zu ihrem vorherigen Verhalten zurückgekehrt.

Es fällt auch sehr deutlich auf, dass bei Diskussionen über den Islam und die Muslime in Printmedien, Radio und Fernsehen die Vertreter der muslimischen Organisationen in Deutschland nur selten zu Wort kommen.

Kaum ein anderes Bevölkerungsteil erlebt eine derartige Behandlung in unserem Lande.

Es macht den Muslimen zunehmend Sorgen und Ängste, dass viele Schriftsteller sich sehr unsachgemäß über den Islam und die Muslime äußern und manche als selbsternannte Islamexperten pseudowissenschaftliche, islamfeindliche Bücher schreiben. Die Auswirkungen dieser Bücher bei den Lesern kann man sich vorstellen.

Einbürgerungsanträge der Muslime werden seit dem „11. September“ strenger als andere Anträge behandelt. Alle muslimischen Antragsteller werden nun zusätzlich durch Verfassungsschutzbehörden schärfer überprüft. Die Einbürgerungsbehörden ziehen die Einbürgerungszusicherungen der Antragsteller nachträglich zurück, obwohl sie sogar aus ihrer bisherigen Staatsangehörigkeit ausgetreten sind und somit vom deutschen Staat in der rechtlichen Lücke gelassen werden. Sogar die muslimischen Antragsteller, die sich integrativ und kooperativ für das friedliche Zusammenleben in unserem Land einsetzen, werden hingehalten. Ist sich der Staat etwa bewusst, welchen Eindruck er hinterläßt?

Zum Beispiel in Mittelhessen habe ich in meiner Funktion als muslimischer Vorsitzender der Christlich-Islamischen Gesellschaft in Gießen gemeinsam mit der Einbürgerungsbehörde im Regierungspräsidium in der „Interreligiösen Woche 2000“ für die Einbürgerung der Muslime geworben. So haben wir über Gießen hinaus sehr viele Muslime motiviert, sich einzubürgern. Die Einbürgerung ist ein wichtiger Schritt für die Integration. Jetzt fragen mich viele Muslime, die seit Jahren hier friedlich leben, den Dialog fördern und Veranstaltungen wie den heutigen Abend aufrichtig unterstützen, wieso ihre Anträge abgelehnt werden. Wie kann man das ihnen nachvollziehbar erklären? Ich habe keine überzeugende Erklärung.

Die Gut-Böse-Teilung der Muslime ist auch in den Berichten der Verfassungsschutzorgane sichtbar. Obwohl Muslime seit Jahrzehnten in unserem Lande friedlich leben und die islamischen Organisationen zu diesem sozialen Frieden wirksam beitragen, werden die Muslime in den Verfassungsschutzberichten unter dem Vorwand des Islamismus als die größte Gefahr für die innere Sicherheit in Deutschland dargestellt. Entweder stehen fast alle islamischen Organisationen in den Verfassungsschutzberichten oder sie werden von den Verfassungsschutzbehörden beobachtet. Dazu gehören auch viele Mitgliedsorganisationen im Zentralrat der Muslime oder im Islamrat. Dieser Umgang mit den Muslimen und ihren Organisationen ist für die Integration der Muslime nicht förderlich und erweckt bei vielen Muslimen das Gefühl, dass sie als Feinde der inneren Sicherheit in unserem Lande abgestempelt werden.

Die Muslime werden den Eindruck nicht los, dass die Rasterfahndungen in Deutschland gegen muslimische Studierende nicht nur notwendige Sicherheitsmaßnahmen sind, sondern vielmehr ein Ausdruck der Vorurteile und des pauschalen Verdachts Muslimen gegenüber. Die wenigen möglichen sogenannten Schläfer kann man auch durch eine Rasterfahndung nicht erkennen, aber sie beunruhigt die muslimischen Studierende, weil ihre persönlichen Daten an die Landeskriminalämter weitergegeben werden und somit sie als mögliche Terroristen verdächtigt werden.

Das Gießener Verwaltungsgericht hat auf die Klage von zwei muslimischen Studierenden aus Gießen und Marburg mit seinem Urteil am 08. November diese Rasterfahndung als rechtswidrig erklärt.

Der Staat soll vielmehr daran arbeiten, das Vertrauen seiner Muslime zu sichern anstatt zu zerstören.

Wir Muslime sollen auch dafür sorgen, dass wir die wissenschaftliche Umgangsweise mit dem Koran und mit dem Islam wiederbeleben, so dass sie nicht für Extremismus und Terror missbraucht werden.

Gerade muslimische Akademiker und Studierende sollen sich der Verantwortung stellen, den Koran und den Islam ihrem Wahrheitsgehalt entsprechend zu verstehen und mit dem Koran und dem Islam wissenschaftlich umzugehen.

Wir Muslime müssen uns dafür einsetzen, dass unsere hohe Qualifikation und unsere wissenschaftlichen Erkenntnisse ausschließlich im Dienste des Friedens angewandt werden.

Es fällt auf, dass Muslime selbstverständliche Rechte in der Demokratie ständig juristisch erkämpfen müssen: Nicht nur das oben erwähnte Schächten, sondern auch die Einführung des Islamischen Religionsunterrichts an staatlichen Schulen. Wir sind mit unserem integrativem Konzept zum Islamischen Religionsunterricht in deutscher Sprache, unter deutscher Schulaufsicht und durch hier ausgebildete muslimische Lehrkräfte auch leider vor Gericht gelandet, trotz der klaren Empfehlung der

von der Landesregierung beauftragten Gutachter. Die Einhaltung der Verfassung und Gesetze gilt nicht nur für die Muslime, sondern auch für den Staat und die Politik.

Nach all diesen Erfahrungen fragen sich die Muslime: Was hat man mit uns Muslimen in unserem Lande vor?!

Es ist die Zeit, meine Damen und Herren, dass wir uns alle dafür einsetzen, diese Spannung abzubauen und die Verhältnisse zwischen den Muslimen und der Mehrheitsgesellschaft und dem Staat zu normalisieren.

Abschließend wünsche ich allen Muslimen schon jetzt ein gesegnetes Ramadanfest und Ihnen Allen einen angenehmen Abend und fruchtbaren Austausch.

Ramazan Kuruyüz

Vorsitzender